

Auch der emeritierte US-Soziologieprofessor James Petras kritisiert den gefährlichen Konfrontationskurs, mit dem Obama China und Russland provoziert.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 240/11 – 18.12.11**

Konfrontation an den Grenzen Chinas und Russlands Obama schlägt militärische Pflöcke ein

Von James Petras

INFORMATION CLEARING HOUSE, 09.12.11

(<http://www.informationclearinghouse.info/article29934.htm>)

Trotz schwerer politischer und militärischer Niederlagen in den blutigen Bodenkriegen in Afghanistan und im Irak, trotz der Absetzung langjähriger verbündeter (Diktatoren) im Jemen, in Ägypten und in Tunesien und trotz des Zerfalls der (US-)Marionettenregime in Somalia und im Südsudan, hat das Obama-Regime nichts dazu gelernt: Jetzt provoziert es sogar eine noch viel gefährlichere militärische Konfrontation mit den Großmächten Russland und China. Durch einen provokativ offensiven militärischen Aufmarsch in der Nähe ihrer Grenzen fordert Obama gleichzeitig China und Russland heraus.

Nachdem er sich gegen viel schwächere Gegner eine Niederlage nach der anderen eingehandelt und bei dem Versuch, das US-Imperium durch wirtschaftlich schwächere Länder zu vergrößern, das Haushaltsdefizit der USA in eine bisher unvorstellbare Höhen getrieben hat, betreibt Obama jetzt eine Politik der Einkreisung und Provokation gegen China, die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt und den wichtigsten Gläubiger der USA, und gegen Russland, den wichtigsten Öl- und Gaslieferanten der Europäischen Union und die zweitstärkste Atommacht der Welt.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der in höchstem Maße irrationalen, die ganze Welt bedrohenden Eskalation des Strebens des Obama-Regimes nach militärischer Vorherrschaft. Wir untersuchen den globalen militärischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Kontext, der diese Politik verursacht. Dann untersuchen wir die vielen Konfliktherde und Interventionen, an denen Washington beteiligt ist – in Pakistan, im Iran, in Libyen, Venezuela, Kuba und anderswo. Wir analysieren die Gründe für die militärische Eskalation gegen Russland und China – als Teil einer neuen Offensive, die über die arabische Welt [Syrien und Libyen] hinausreicht – vor dem Hintergrund der schwindenden Vormachtstellung der EU und der USA in der Weltwirtschaft. Schließlich werden wir die Strategien eines untergehenden Imperiums erläutern, das auf ständige Kriege aufgebaut ist, sich jetzt aber mit einer globalen Wirtschaftskrise, innenpolitischem Ansehensverlust und einer arbeitenden Bevölkerung konfrontiert sieht, der es einen umfassenden Abbau grundlegender Sozialprogramme zumutet.

Nach peripheren Auseinandersetzungen sucht der (US-)Militarismus jetzt die globale militärische Konfrontation

Der November 2011 brachte einen großen historischen Wendepunkt. Obama gab zwei herausragende Entscheidungen bekannt, die beide weitreichende strategische Folgen für den Konkurrenzkampf der Weltmächte haben werden.

Obama kündigte die militärische Einkreisung Chinas durch die Stationierung starker See- und Luftstreitkräfte in der Nähe der chinesischen Küste an. Mit dieser Politik will er den Zu-

griff Chinas auf Rohstoffe erschweren und dessen kommerzielle und finanzielle Verbindungen in Asien zurückdrängen. Obamas Erklärung, Asien genieße Priorität bei der militärischen Expansion der USA, bei der Errichtung neuer Basen und bei der Knüpfung wirtschaftlicher Verbindungen, war eindeutig gegen China gerichtet; damit hat er Peking in dessen eigenen Hinterhof herausgefordert. Mit seiner vor dem australischen Parlament angekündigten Politik der eisernen Faust hat Obama die imperialen Ziele der USA ganz klar definiert.

"Unser andauerndes Interesse an dieser Region [am asiatisch-pazifischen Raum] erfordert auch unsere andauernde Anwesenheit in dieser Region. ... Die USA sind eine pazifische Macht, und wir sind hier, um zu bleiben. ... Nachdem wir unsere bisherigen Kriege [die Niederlagen und Rückzüge aus dem Irak und aus Afghanistan] jetzt beenden, habe ich mein für die nationale Sicherheit zuständiges Team angewiesen, sich mit höchster Priorität unserer Präsenz und unserer Mission im asiatisch-pazifischen Raum zu widmen. .. Die Reduzierung der US-Verteidigungsausgaben ... wird nicht zu Lasten dieses Raumes geschehen. [CNN.com, 16.11.2011]

Was Obama mit "unserer Präsenz und Mission" gemeint hat, wurde durch das mit Australien vereinbarte Militärabkommen deutlich, das die Stationierung von Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und 2.500 Marineinfanteristen in Darwin, der nördlichsten Stadt Australiens, vorsieht, die China am nächsten ist. Außenministerin Clinton hat 2011 viel Zeit mit provozierenden Besuchen in asiatischen Staaten verbracht, die sich mit China um Seegebiete streiten. Durch Frau Clinton haben sich die USA in diese Streitigkeiten eingemischt und sie durch Unterstützung der Forderungen Vietnams, der Philippinen und Bruneis zur Aufteilung des Südchinesischen Meeres weiter verschärft. Noch bedrohlicher sind der Ausbau der Handelsbeziehungen und der militärischen Verbindungen Washingtons mit Japan, Taiwan, Singapur und Südkorea und die verstärkte Anwesenheit von US-Kriegsschiffen, Atom-U-Booten und Kampfflugzeugen in und über den Küstengewässern Chinas. Parallel zur Politik der militärischen Einkreisung und Provokation versucht das Obama-Clinton-Regime mit möglichst vielen asiatischen Staaten Handelsabkommen zu vereinbaren, die China ausschließen, dafür aber multinationale US-Konzerne, Bankiers und Exporteure in einer so genannten "Transpazifischen Partnerschaft" privilegieren. Bisher haben sich dieser Partnerschaft vor allem kleinere Länder angeschlossen, Obama hofft aber, auch Japan und Kanada dafür gewinnen zu können. Obamas Teilnahme an der APEC-Konferenz ostasiatischer Staats- und Regierungschefs und sein Besuch in Indonesien im November 2011 waren Versuche, die Vorherrschaft der USA zu sichern. Obama und Frau Clinton hoffen, den Niedergang der US-Wirtschaftsbeziehungen mit den ostasiatischen Staaten aufhalten zu können, weil die Investitionen Chinas in diesen Ländern und deren Handel mit China ständig wachsen.

Das jüngste Beispiel der erfolglosen, aber destruktiven Bemühungen des Obama-Clinton-Regimes, die Wirtschaftsbeziehungen Chinas in Asien bewusst zu zerstören, findet gerade in Birma (Myanmar) statt. Kurz vor dem für Dezember 2011 geplanten Clinton-Besuch in Birma hat das Thein-Sein-Regime die von China Power Investment (s. <http://eng.cpicorp.-com.cn/>) geplante Finanzierung eines Staudammes im Norden des Landes platzen lassen. Nach offiziellen vertraulichen Dokumenten, die WikiLeaks veröffentlicht hat, wurde eine birmanische Nichtregierungsorganisation / NGO, die den Widerstand gegen den Damm organisierte, von der US-Regierung finanziert [Financial Times / FT, 02.12.2011, S. 2]. Diese und andere provozierende Aktivitäten und Frau Clintons Reden, in denen sie "die an Bedingungen geknüpfte Hilfe" Chinas verurteilte, werden die langfristigen engen Wirtschaftsbeziehungen Birmas mit China aber nicht dauerhaft stören können. China ist Birmas größter Handelspartner und Kapitalgeber und finanziert sechs weitere Dammprojekte. Chinesische Firmen bauen neue Straßen und Eisenbahnen im ganzen Land, die das süd-

westliche China für birmanische Produkte öffnen werden; China baut auch Öl-Pipelines und Häfen. Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen entwickeln eine Dynamik, die durch eine einmalige Verstimmung nicht aufzuhalten sein wird [FT, 02.12.2011, S. 2]. Frau Clintons Kritik an Chinas Milliarden-Dollar-Investitionen in Birmas Infrastruktur gehört zu den bizarrsten Einlassungen der Weltgeschichte, nachdem durch die achtjährige Anwesenheit der US-Truppen im Irak – nach einer offiziellen Schätzung aus Bagdad – Infrastruktur im Wert von 500 Milliarden Dollar zerstört wurde. Nur eine Regierung, die unter wahnhaften Störungen leidet, konnte auf die Idee kommen, dass sie mit rhetorischen Ausfällen während eines dreitägigen Besuches und durch das Schmieren einer NGO ein ausreichendes Gegengewicht gegen die engen Wirtschaftsbeziehungen schaffen könnte, die Birma mit China verbinden. Ähnliche wahnhafte Vorstellungen bestimmen das ganze politische Repertoire, mit dem das Obama-Regime versucht, die dominierende Rolle Chinas in Asien zu zerstören.

Jede einzelne gegen China gerichtete Maßnahme des Obama-Regimes ist für sich allein noch keine unmittelbare Bedrohung für den Frieden, aber alle zusammen und vereint mit den militärischen Drohgebärden stellen sie einen gezielten Versuch dar, Chinas Aufstieg zu einer regionalen oder sogar globalen Macht zu verlangsamen und nach Möglichkeit zu verhindern. Mit der militärischen Einkreisung, der Schaffung regionaler Wirtschaftsbündnisse unter Ausschluss Chinas, der Einmischung in regionale Seekonflikte, und der Stationierung von Hightech-Kampfflugzeugen sollen Chinas Wettbewerbsfähigkeit untergraben und die Unterlegenheit der US-Wirtschaft durch geschlossene politische und wirtschaftliche Netzwerke kompensiert werden.

Die militärischen und wirtschaftlichen Winkelzüge des Weißen Haus und die antichinesische Demagogie des (US-)Kongresses sollen vor allem den Handel Chinas schwächen und seine überwiegend an Geschäften interessierte Führung zwingen, die Interessen chinesischer Firmen denen der US-Banken und Konzerne unterzuordnen. Wenn Obama seinen militärischen Konfrontationskurs fortsetzt, könnte das zu einem katastrophalen Bruch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und China führen. Das hätte schreckliche Folgen, nicht nur für die US-Wirtschaft, sondern vor allem für das Finanzsystem der USA. China besitzt US-Schuldverschreibungen im Wert von 1,5 Billionen Dollar – hauptsächlich in US-Schatzanweisungen – und jedes Jahr kauft es für 200 bis 300 Milliarden Dollar neue Schatzanweisungen dazu; damit ist China der Hauptgeldgeber für die Finanzierung des US-Haushaltsdefizits. Wenn Obama eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit Chinas provoziert und Peking zu einer Reaktion herausfordert, wird es (zunächst) nicht mit militärischen, sondern mit wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen reagieren: durch den Verkauf von US-Schatzanweisungen für einige Hundert Milliarden Dollar und mit der Einstellung des Kaufs weiterer US-Schuldverschreibungen. Das US-Defizit wird dann sprunghaft ansteigen, die Kreditwürdigkeit der USA wird bei "Junk" (Schrott) landen, und das Finanzsystem müsste vor einem Zusammenbruch "zittern". Die USA müssten, um neue Geldgeber zu finden, zweistellige Zinssätze akzeptieren. Die chinesischen Exporte in die USA würden zwar sinken, und die US-Schatzanweisungen in chinesischen Händen würden stark an Wert verlieren. China beliefert aber auch noch andere Märkte auf der Welt, und sein riesiger Binnenmarkt würde wahrscheinlich den größten Teil der Waren aufnehmen, die es in den USA nicht mehr absetzen könnte.

Während sich Obama im Pazifik herumtreibt, um eine militärische Drohkulisse gegen China aufzubauen und den wirtschaftliche Einfluss Chinas in Asien zu begrenzen, verliert die US-Wirtschaft ihre bisher dominierende Stellung im "Hinterhof" der USA. Nach Aussage eines Journalisten, "gibt in Lateinamerika jetzt China den Ton an" [FT, 23.11.2011, S. 6]. China hat die USA und die EU, die traditionellen Handelspartner Lateinamerikas, in den Hintergrund gedrängt; Peking hat sie mit neuen Investitionen in Milliardenhöhe zu sehr

niedrigen Zinsen einfach ausgebootet. Chinas Handel mit Indien, Indonesien, Japan, Pakistan und Vietnam wächst viel schneller, als der Handel der USA mit diesen Ländern. Die US-Bemühungen, zum Nutzen ihres Imperiums in Asien eine Sicherheitsallianz aufzubauen, stehen in wirtschaftlicher Hinsicht auf sehr schwachen Fundamenten. Sogar Australien, der neue Anker und Dreh- und Angelpunkt für den militärischen Aufmarsch der USA gegen Asien, ist wegen seiner Rohstoff-Exporte vom Großabnehmer China abhängig. Ein militärischer Konflikt mit China würde die australische Wirtschaft sofort ins Schleudern bringen.

Die US-Wirtschaft kann keinesfalls China als Markt für asiatische oder australische Exportprodukte ersetzen. Die asiatischen Länder müssten eigentlich erkennen, dass sie nicht mit zukünftigem Wachstum rechnen können, wenn sie sich an ein untergeordnetes, hoch militarisches Imperium ketten. Obama und Frau Clinton machen sich selbst etwas vor, wenn sie glauben, Asien in ein dauerhaftes Bündnis locken zu können. Die Asiaten nehmen die Unterstützung des Obama-Regimes nur aus taktischen Gründen an, weil sie sich davon bessere Verhandlungsergebnisse beim Sichern ihrer Landes- und Seegrenzen erhoffen. Washington irrt, wenn es glaubt, Asien zum Abbruch seiner langfristigen lukrativen Wirtschaftsbeziehungen mit China bewegen und unter Ausschluss Chinas in ein Wirtschaftsbündnis mit zweifelhaften Aussichten einbinden zu können. Wer Asien zu einer derartigen "Umorientierung" von China auf die USA bewegen will, muss mehr aufbieten, als einige gegen China gerichtet Marine- und Luftwaffeneinheiten. Dazu wäre eine völlige Umstrukturierung der Wirtschaft, der Klassenstruktur und der politischen und militärischen Eliten der asiatischen Länder erforderlich. Die wirtschaftlich mächtigsten Unternehmensgruppen in Asien unterhalten enge, noch intensiver werdende Verbindungen zu China und Hongkong, besonders über die dynamischen transnationalen chinesischen Geschäftseliten in dieser Region. Eine Hinwendung zu Washington würde eine große Umwälzung erfordern, bei der (traditionelle) "Händler" durch Unternehmer ersetzt werden müssten. Das wäre nur mit Hilfe einer diktatorischen Elite möglich, die bereit sein müsste, traditionelle Handels- und Investitionsbeziehungen abubrechen und Millionen von Arbeitern und Fachleuten freizusetzen. Wie sehr sich auch in den USA ausgebildete Offiziere, Wirtschaftsfachleute, ehemalige Wall Street-Finanziers und Milliardäre bemühen mögen, die Macht der chinesischen Wirtschaft durch die Präsenz des US-Militärs zu kontern, sie werden erkennen müssen, dass eine rein asiatische Lösung auch für sie klare Vorteile hat.

Das Zeitalter der käuflichen asiatischen Kapitalisten, die für den privilegierten Zugang zu US-Märkten zum Ausverkauf ihrer nationalen Industrie und der Souveränität (ihrer Länder) bereit waren, ist Geschichte. Trotz der grenzenlosen Begeisterung für den verschwenderischen Konsum und den Lebensstil des Westens, die auch die neuen Reichen Asiens und Chinas gedankenlos kopieren, trotz der wachsenden Ungleichheit und der brutalen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter, wächst (in Asien) auch die Erkenntnis, dass sich wegen der bisherigen Dominanz der USA und Europas in den asiatischen Ländern keine eigene Bourgeoisie und kein Mittelstand herausbilden und bereichern konnten. Die Reden und Erklärungen Obamas und Frau Clintons sind eine Mischung aus nostalgischen Erinnerungen an eine Vergangenheit mit neokolonialen Aufsehern und käuflichen Kollaborateuren und Allgemeinplätzen. Beide verfügen zwar so viel politischen Realismus, dass sie Asien endlich als wirtschaftlichen Dreh- und Angelpunkt der gegenwärtigen Weltordnung erkennen, geben sich aber der Illusion hin, mit der Demonstration militärischer Überlegenheit und mit Säbelrasseln China als führende regionale Macht verdrängen zu können.

Obama eskaliert auch die Konfrontation mit Russland

Das Obama-Regime hat auch einen frontalen militärischen Vorstoß auf die Grenzen Russlands gestartet. Erstens rücken die USA mit ihren Raketen immer weiter vor und benutzen

Flugplätze in Polen, Rumänien, der Türkei, Spanien, der Tschechischen Republik und Bulgarien: Patriot-Flugabwehrraketen vom Typ PAC-3 in Polen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP16110_300710.pdf), ein Hightech-Radar AN/TPY-2 in der Türkei und mehrere mit Raketen des Typs SM-3 IA bestückte Kriegsschiffe in Spanien (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP19211_271011.pdf) gehören zu den wichtigsten Waffensystemen, mit denen Russland umzingelt wird; diese Raketen könnten in wenigen Minuten das strategische Zentrum Russlands erreichen. Zweitens versucht das Obama-Regime in allen ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien US-Militärbasen zu errichten oder auszubauen. Drittens hat Washington mit Hilfe der NATO einschneidende wirtschaftliche und militärische Maßnahmen gegen wichtige Handelspartner Russlands in Nordafrika und im Mittleren Osten ergriffen. Durch den NATO-Krieg gegen Libyen, mit dem der Sturz Gaddafis herbeigeführt wurde, gingen milliardenschwere russische Investitionen in die libyschen Öl- und Gasvorkommen verloren, und Russland kann einem ihm vorher freundlich gesinnten Regime, das nun zum Marionettenstaat der NATO geworden ist, auch keine Waffen mehr liefern.

Die von der NATO durchgesetzten UN-Sanktionen und die geheimen terroristischen Aktivitäten der USA und Israels gegen den Iran drohen Russlands lukratives milliardenschweres Geschäft mit Atomreaktoren und die Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen im Kaspischen Becken zu untergraben. Die NATO-Staaten, einschließlich der Türkei, haben, unterstützt von den monarchistischen Diktaturen am Golf, harte Sanktionen gegen Syrien verhängt und gegen dessen Regierung gerichtete terroristische Aktionen finanziert – gegen die letzte mit Russland verbündete Regierung in dieser Region, die der russischen Flotte mit Tartus deren einzigen Mittelmeer-Hafen zur Verfügung gestellt hat. Russlands Zusammenarbeit mit der NATO, die seine Wirtschaft schwächt und seine Sicherheit bedroht, ist ein Produkt seiner totalen Fehleinschätzung der NATO und besonders der imperialistischen Politik Obamas. Präsident Medwedew und sein Außenminister Sergei Lawrow haben sich – wie Gorbatschow und Jelzin vor ihnen – geirrt, als sie glaubten, die Duldung der gegen russische Handelspartner gerichteten Politik der USA und der anderen NATO-Staaten werde sich für Russland auszahlen, weil die USA den "offensiven Raketenabwehrschirm" (Bushs in Polen und Tschechien) in der Nähe der russischen Grenze zunächst fallen ließen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf) und Russlands Aufnahme in die Welthandelsorganisation unterstützten. Getrieben von seinen liberalen, pro-westlichen Illusionen unterstützte Medwedew sogar die von den USA und Israel geforderten Sanktionen gegen den Iran und machte damit das "Märchen vom iranischen Atomwaffenprogramm" glaubwürdiger. Dann fiel Lawrow auf den NATO-Vorwand von "der Flugverbotszone über Libyen zum Schutz der Zivilbevölkerung" herein und "protestierte" viel zu schwach und viel zu spät, als die NATO ihr Mandat "überzog" und Libyen in die Steinzeit zurückbombte, um ein NATO-Marionettenregime von Schurken und Fundamentalisten installieren zu können. Erst als die USA Russland das Messer an die Kehle setzten, und ankündigten, doch Raketen (in der Ostsee und im Mittelmeer) stationieren zu wollen, die in fünf Minuten Moskau erreichen können, und gleichzeitig die bewaffnete Einmischung in Syrien verstärkten, wachten Medwedew und Lawrow aus ihrem Tiefschlaf auf und widersetzten sich diesmal den Sanktionen, die der UN-Sicherheitsrat gegen Syrien verhängen sollte. Medwedew drohte mit der Kündigung des Start-3-Vertrages, der die Reduzierung offensiver Atomraketen vorsieht, und kündigte die Stationierung von Mittelstreckenraketen (bei Kaliningrad) an, die in fünf Minuten Berlin, Paris und London erreichen können (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22811_051211.pdf).

Medwedews und Lawrows Politik der Annäherung und Zusammenarbeit, die auf Obamas Gerede von "verbesserten Beziehungen" zurückzuführen ist, lud die USA förmlich zur Realisierung ihrer aggressiven imperialistischen Pläne ein, und jedes Nachgeben (Russ-

lands) führte zu einer weiteren Aggression. Deshalb ist Russland an seiner Westgrenze jetzt von Raketen umzingelt; es hat viele wichtige Handelspartner im (Nahen und) Mittleren Osten verloren und wird auch in Südwest-Asien von US-Militärbasen bedroht.

Nach der nächsten Präsidentschaftswahl wird der gutgläubige Medwedew wieder durch den Realisten Putin ersetzt. Die bevorstehende Rückkehr eines politischen Realisten hat – wie vorauszusehen war – in allen westlichen Medien eine Welle der Anfeindung gegen Putin ausgelöst. Obamas aggressive Aktivitäten, Russland durch die Ablösung verbündeter Regime zu isolieren, konnten Russlands Status als (zweitgrößte) Atommacht aber nicht beeinflussen. Sie haben nur die Spannungen in Europa erhöht, vielleicht jede zukünftige Chance zum friedlichen (beiderseitigen) Abbau von Atomwaffen zunichte gemacht und die Bemühungen erschwert, den UN-Sicherheitsrat zu einem Instrument zur friedlichen Konfliktlösung zu machen. Washington hat Russland, einen entgegenkommenden Partner, zu einem seiner Hauptgegner gemacht.

Wegen der Bedrohung durch den Westen wird Putin alles daransetzen, die Verbindungen zu asiatischen Staaten und besonders zu China zu festigen und auszubauen. Russland mit seiner fortschrittlichen Waffentechnologie und seinen großen Energieressourcen ist im Bündnis mit China, dessen Wirtschaft und Industrie immer noch dynamisch wachsen, den USA und der EU mit ihrer krisengeschüttelten, stagnierenden Wirtschaft mehr als gewachsen.

Obamas militärische Konfrontation mit Russland wird (auch Europa) den Zugang zu russischen Rohstoffen außerordentlich erschweren und jedes langfristige strategische Sicherheitsabkommen mit Russland, das (nicht nur) zur Reduzierung des US-Defizits und zur Wiederbelebung der US-Wirtschaft sehr nützlich wäre, endgültig unmöglich machen.

Zwischen Realismus und Verblendung: Obamas strategische Neuausrichtung

Obama Erkenntnis, dass sich das Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Macht unaufhaltsam nach Asien zu bewegen beginnt, ist ein Zeichen dafür, das er kurzzeitig von politischem Realismus erleuchtet wurde. Nach einem verlorenen Jahrzehnt, in dem Hunderte von Milliarden Dollars in militärischen Abenteuer in den Randbezirken und an der Peripherie der Weltpolitik vergeudet wurden, hat Washington endlich begriffen, dass über das Schicksal von Staaten und besonders von Weltmächten nicht dort entschieden wird – außer in einem negativen Sinn durch das Verschleudern von Mitteln für aussichtslose Unternehmen. Obamas neuer Realismus und seine Prioritäten sind jetzt anscheinend auf das südöstliche und das nordöstliche Asien gerichtet, wo sich dynamische Wirtschaften entwickeln, Märkte zweistellige Wachstumsraten erreichen, Kapitalanleger Milliarden in produktive Aktivitäten investieren und der Handel dreimal so schnell wächst wie in den USA und in der EU.

Aber Obamas "neuer Realismus" wurde gleich wieder durch illusionäre Erwartungen getrübt, die jede sinnvolle Bemühung um eine Neuausrichtung der US-Politik unmöglich machen.

Obama will in erster Linie durch Erhöhung der Militärpräsenz in Asien Fuß fassen – und nicht durch Verstärkung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft. Was produzieren die USA eigentlich noch, das ihren Marktanteil in den asiatischen Ländern erhöhen könnte? Außer Produktionsstätten für Waffen, Flugzeuge (auch für die Zivilluftfahrt) und landwirtschaftliche Produkte haben die USA kaum noch andere konkurrenzfähige Industriebetriebe. Die USA müssten ihre Wirtschaft völlig umstellen, viele neue Facharbeiter ausbilden und die Milliarden, die jetzt in die Rüstungsindustrie und in die

Streitkräfte fließen, in die Entwicklung innovativer ziviler Güter investieren. Obama ist aber so sehr in den militärisch-zionistischen Finanzkomplex verstrickt, dass er nicht zu tiefgreifenden Änderungen bereit ist.

Zweitens sind Obama und Frau Clinton dem Wahn verfallen, die USA könnten China aus seiner führenden Rolle in Asien verdrängen, wobei diese Politik im Widerspruch steht zu den ständig wachsenden riesigen Investitionen aller großen multinationalen US-Konzerne, die in China produzieren lassen und es als Plattform für ihre Exporte nach Asien und in die übrige Welt benutzen.

Die militärische Aufmarsch der USA und ihre "Einschüchterungsversuche" werden China nur dazu bringen, seine Rolle als Hauptgeldgeber bei der Finanzierung des US-Haushaltsdefizits zu überdenken; das kann sich China durchaus leisten, weil der bisher wichtige US-Markt durch Ausweitung seines Warenabsatzes im Inland, in Asien, in Lateinamerika und in Europa immer mehr an Bedeutung verliert.

Was als neuer Realismus erschien, entpuppte sich schnell als die Wahnvorstellung, die USA könnten wieder die beherrschende Macht im Pazifik werden, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg waren. Die heutige "Rückkehr" der USA in den Pazifik ist belastet durch eine krisengeschüttelte US-Wirtschaft, durch eine sehr rüstungslastige Produktion und durch viele politische Handicaps: Im vergangenen Jahrzehnt mussten die USA nach der Pfeife der "Fünften Kolonne Israels" – der Israel-Lobby in den USA – tanzen. Die komplette politische Klasse der USA ist am Allgemeinwohl und an der Fürsorge des Staates für seine Bürger nicht mehr interessiert. Sie führt Hinterwäldler-Debatten über "lebenslanges Wegsperrern" und die "massenhafte Ausweisung von Einwanderern". Noch schlimmer ist, dass (fast) alle US-Politiker auf den Lohnlisten von Konzernen stehen, die in China investieren und in den USA nur verkaufen wollen.

Warum will Obama kostspielige Kriege in der unprofitablen Peripherie beenden und dann die gleichen militärischen Abenteuer im dynamischen Zentrum der Weltwirtschaft fortsetzen? Glauben er und seine Berater denn, er sei der wiedergeborene Admiral Commodore (Flottillenadmiral), der im 19. Jahrhundert mit seinen Kriegsschiffen Asien für den Handel mit dem Westen geöffnet hat? Hält er wirklich Militärbündnisse für die erste Etappe auf dem Weg zu privilegierten Wirtschaftsbeziehungen?

Glaubt das Obama-Regime, China blockieren zu können, wie Washington das auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg mit Japan getan hat? Dazu ist es zu spät. China ist zu wichtig für die Weltwirtschaft und als Finanzier der US-Schulden und außerdem zu eng verflochten mit den fünfhundert multinationalen Konzernen, die im Forbes Magazine (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Forbes_Magazine) aufgelistet sind. Wer China provoziert und davon träumt, es wirtschaftlich isolieren zu können, verfolgt eine Politik, welche die Weltwirtschaft – und damit vor allem die US-Wirtschaft – völlig zerstören würde.

Schlussfolgerungen

Obamas "Schnapsidee", nach den Kriegen in der Islamischen Welt die militärische Konfrontation in Asien zu suchen, hat keinen irgendwie gearteten inneren Wert und verursacht in vieler Hinsicht außergewöhnliche Kosten. Die militärische Erpressung ist mit den verfolgten wirtschaftlichen Zielen völlig unvereinbar; außerdem können sich die USA in ihrem gegenwärtigen Zustand beides nicht leisten. Diese Politik Washingtons kann Russland oder China keinesfalls "schwächen" und auch nicht einschüchtern. Sie wird beide im Gegenteil dazu ermuntern, eine feindlichere Haltung einzunehmen (und sich gegen die USA zu verbünden); außerdem werden sie weitere Kriege Obamas kaum noch unterstützen

(oder einfach hinnehmen). Russland hat bereits Kriegsschiffe in seinen syrischen Hafen (Tartus) entsandt und sich geweigert, ein Waffenembargo gegen Syrien und den Iran zu unterstützen; außerdem hat es im Nachhinein den NATO-Krieg gegen Libyen verurteilt. China und Russland sind viel zu eng verknüpft mit der Weltwirtschaft, um durch militärische Vorposten der USA oder durch "exklusive" Wirtschaftsbeziehungen einiger asiatischer Staaten mit den USA allzu große Verluste zu erleiden. Russland kann ebenso viele tödliche Atomraketen auf den Westen richten, wie die USA von ihren Militärbasen in Osteuropa auf Russland abschießen könnten. Obamas militärische Eskalation wird das atomare Gleichgewicht nicht verändern, aber Russland und China einander näher bringen. Die Tage, als Nixon und Kissinger mit ihrer Strategie des "Teilens und Herrschens" durch ein Handelsabkommen mit China russische Waffenlieferungen (an China) stoppen konnten, sind längst vorbei. Washington hat die Bedeutung der gegenwärtigen Streitigkeiten zwischen China und seinen Nachbarn um Anteile an Seegebieten völlig überschätzt. Ihre gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen sind ihnen auf mittlere und lange Sicht viel wichtiger. Chinas Wirtschaftsbeziehungen zu den asiatischen Staaten werden die militärischen Verbindungen, die diese mit den USA eingegangen sind, über kurz oder lang wieder einschlafen lassen.

Seiner "Schnapsidee" verhaftet, beurteilt Obama den Weltmarkt nur aus militärischer Sicht. Seine militärische Arroganz gegenüber Asien hat zu einem Bruch mit Pakistan, dem bisher zuverlässigsten US-Marionettenregime in Südostasien, geführt. Die NATO hat vorsätzlich 24 (pakistanische) Soldaten umgebracht und die Generalität Pakistans verärgert (s. dazu auch <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/24-tote-nach-nato-angriff-pakistan-bestellt-amerikanischen-botschafter-ein-11541960.html>); China und Russland haben den Angriff verurteilt und dadurch an Einfluss gewonnen.

Am Ende werden die militärische Konfrontation und der Versuch, China wirtschaftlich zu isolieren, scheitern. Washington pokert zu hoch und wird seine vor allem an Geschäften interessierten asiatischen Partner wieder verlieren; die erhoffen sich aus der verstärkten US-Militärpräsenz nur taktische Vorteile (im Streit mit China). Sie wollen aber ganz bestimmt keinen neuen "Kalten Krieg", der nur den dynamischen innerasiatischen Handel stören und Investitionen behindern würde. Obama und seine Gefolgsleute werden schnell erfahren, dass die führenden Politiker asiatischer Staaten nicht an dauerhaften Bündnissen (mit den USA) interessiert sind, sondern vor allem langfristige wirtschaftliche Interessen haben. Am Ende wird sich erweisen, dass China beste Aussichten hat, Mittelpunkt einer neuen, auf Asien zentrierten Weltwirtschaft zu werden. Washington kann zwar den Anspruch auf "eine dauerhafte Präsenz im Pazifik" erheben, um sie nutzen zu können, müsste es aber zuerst seine eigene Wirtschaft in Ordnung bringen, indem es vor allem seine Finanzen ordnet und sein Haushaltsdefizit ausgleicht; das könnte auch dadurch geschehen, dass die US-Navy mit ihren Kriegsschiffen gegen entsprechende Bezahlung Handelsschiffe von Exporteuren und asiatischen Kapitänen eskortiert und die transportierten Waren vor Piraten, Guerilla-Kämpfern und Drogenhändlern schützt. Obama sollte wirklich einmal darüber nachdenken, ob er nicht das US-Handelsdefizit mit Asien vermindern könnte, wenn er die Siebte Flotte zum Schutz der Seewege ausleiht, anstatt das Geld der US-Steuerzahler zu vergeuden, weil er meint, erfolgreiche asiatische Wirtschaftsmächte schikanieren zu müssen.

James Petras ist ein emeritierter Professor der Soziologie an der Binghamton Universität, New York. Er ist der Autor von 64 in 29 Sprachen veröffentlichten Büchern. Er engagiert sich schon lange für soziale Gerechtigkeit und hat elf Jahre lang die Bewegung landloser brasilianischer Arbeiter unterstützt. Von 1973-76 war er Mitglied des Bertrand-Russell-Tribunals gegen die Unterdrückung in Lateinamerika. Jetzt schreibt er eine monatlich erscheinende Kolumne für die mexikanische Zeitung Le Jornada, vorher hat er Artikel für die

spanische Zeitung El Mundo verfasst. Seinen Bachelor of Arts hat er an der Boston University erworben und seinen Dr. an der University of California in Berkeley gemacht.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Erläuterungen in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/James_Petras . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Confrontation on the Frontiers of China and Russia Obama Raises the Military Stakes

By James Petras

December 09, 2011 "Information Clearing House" -- After suffering major military and political defeats in bloody ground wars in Afghanistan and Iraq and failing to buttress long-standing clients in Yemen, Egypt and Tunisia and witnessing the disintegration of puppet regimes in Somalia and South Sudan, the Obama regime has learned nothing: instead he has turned toward greater military confrontation with global powers, namely Russia and China. Obama has adopted a provocative offensive military strategy on the very frontiers of both China and Russia.

After going from defeat to defeat on the periphery of world power and not satisfied with running treasury-busting deficits in pursuit of empire building against economically weak countries, Obama has embraced a policy of encirclement and provocations against China, the world's second largest economy and the US's most important creditor, and Russia the European Union's principle oil and gas provider and the world's second most powerful nuclear weapons power.

This paper addresses the Obama regime's highly irrational and world threatening escalation of imperial militarism. We examine the global military, economic and domestic political context that gives rise to these policies. We then examine the multiple points of conflict and intervention in which Washington is engaged, from Pakistan, Iran, Libya, Venezuela, Cuba and beyond. We will then analyze the rationale for military escalation against Russia and China as part of a new 'offensive moving beyond the Arab world (Syria, Libya) and in the face of the declining economic position of the EU and the US in the global economy. We will then outline the strategies of a declining empire nurtured on perpetual wars, facing global economic decline, domestic discredit and a working population facing long-term large scale rollback of basic social programs.

The Turn from Militarism in the Periphery to Global Military Confrontation

November 2011 is a moment of great historical import. Obama declared two major policy positions, both having tremendous strategic consequences affecting competing world powers.

Obama pronounced a policy of military encirclement of China based on stationing a mariti-

me, aerial armada facing the Chinese coast. A policy designed to weaken and disrupt China's access to raw materials and commercial and financial ties in Asia. Obama's declaration that Asia is the priority region for US military expansion, base building and economic alliances was directed against China, challenging Beijing in its own backyard. Obama's iron fist policy statement, addressed to the Australian Parliament, was crystal clear in defining US imperial goals.

"Our enduring interests in the region [Asia Pacific] demands our enduring presence in this region ... The United States is a Pacific power and we are here to stay ... As we end today's wars [the defeats and retreats from Iraq and Afghanistan]... I have directed my national security team to make our presence and missions in the Asia Pacific a top priority ... As a result reduction in US defense spending will not ... come at the expense of the Asia Pacific" (CNN.com, Nov. 16, 2011).

The precise nature of what Obama called our "presence and mission" was underlined by the military agreement with Australia to dispatch warships, warplanes and 2500 marines to the northern most city of Australia (Darwin) facing China. Secretary of State Clinton has spent the better part of 2011 making highly provocative overtures, to Asian countries that have maritime border conflicts with China. Clinton has forcibly injected the US into these disputes, encouraging and exacerbating the demands of Vietnam, Philippines, and Brunei in the South China Sea. Even more seriously Washington is bolstering its military ties and sales with Japan, Taiwan, Singapore and South Korea as well as increasing the presence of battleships, nuclear submarines and over flights of war planes along China's coastal waters. In line with the policy of military encirclement and provocation, the Obama-Clinton regime is promoting Asian multi-lateral trade agreements that exclude China and privilege US multi-national corporations, bankers and exporters, dubbed the "Trans-Pacific partnership". It currently includes mostly smaller countries, but Obama has hopes of enticing Japan and Canada to join ... Obama's presence at the APEC meeting of East Asian leader and his visit to Indonesia in November 2011 all revolve around efforts to secure US hegemony. Obama-Clinton hope to counter the relative decline of US economic links in the face of the geometrical growth of trade and investment ties between East Asia and China.

A most recent example of Obama-Clinton's delusional but destructive efforts to deliberately disrupt China's economic ties in Asia, is taking place in Burma. Clinton's December 2011 visit to Burma was preceded by a decision by the Thein Sein regime to suspend a China Power Investment funded dam in the North of the country. According to official confidential documents released by WikiLeaks the "Burmese ngo's which organized and led the campaign against the dam were heavily funded by the US government" (Financial Times, Dec. 2, 2011, p. 2). This and other provocative activity and Clinton's speeches condemning Chinese "tied aid" pale in comparison with the long-term large scale interests which link Burma with China. China is Burma's biggest trading partner and investor, including six other dam projects. Its companies are carving new highways and rail lines across the country opening southwestern China up for Burmese products and China is building oil pipelines and ports. There is a powerful dynamic of mutual economic interests that will not be disturbed by one dispute (FT, December 2, 2011, p.2). Clinton's critique of China's billion dollar investments in Burma's infrastructure is one of the most bizarre in world history, coming in the aftermath of Washington's eight year military presence in Iraq which destroyed \$500 billion dollars of infrastructures, according to Baghdad official estimates. Only a delusional administration could imagine that rhetorical flourishes, a three day visit and the bankrolling of an NGO is an adequate counter-weight to deep economic ties linking Burma to China. The same delusional posture underlies the entire repertoire of policies informing the Obama regimes' efforts to displace China's predominant role in Asia.

While each policy adopted by the Obama regime in themselves do not present an immediate threat to peace, the cumulative impact of all the policy pronouncements and the projections of military power add up to an all out comprehensive effort to isolate, intimidate and degrade China's rise as a regional and global power. Military encirclement and alliances, exclusion of China in proposed regional economic associations, partisan intervention in regional maritime disputes, positioning technologically advanced warplanes, are all aimed to undermine China's competitiveness and to compensate for US economic inferiority via closed political and economic networks.

Clearly White House military and economic moves and Congressional anti-China demagoguery are aimed at weakening China's trading position and forcing its business minded leaders into privileging US banking and business interests over and above their own enterprises. Pushed to its limits, Obama's prioritizing a big military push could lead to a catastrophic rupture in US Chinese economic relations. This would result in dire consequences, especially but not exclusively, on the US economy and particularly its financial system. China holds over \$1.5 trillion dollars in US debt, mainly Treasury Notes and each year purchases from \$200 to \$300 billion in new issues, a vital source in financing the US deficit. If Obama provokes a serious threat to China's security interests and Beijing is forced to respond, it will not be military but economic retaliation: the sell-off of a few hundred billion dollars in T-notes and the curtailment of new purchases of US debt. The US deficit will skyrocket, its credit ratings will descend to 'junk', and the financial system will 'tremble onto collapse'. Interest rates to attract new buyers of US debt will approach double digits. Chinese exports to the US will suffer and losses will incur due to the devaluation of the T-notes in Chinese hands. But China has been diversifying its markets around the world and its huge domestic market could probably absorb most of what China loses abroad.

While Obama strays across the Pacific to mount its military threat to China and strives to economically isolate it in Asia, the US economic presence is fading in what used to be its "backyard". According to one journalist, "China is the only show for Latin America" (Financial Times, Nov. 23, 2011, p.6). China has displaced the US and the EU as Latin America's principle trading partner; Beijing has poured billions in new investments and provides low interest loans. China's trade with India, Indonesia, Japan, Pakistan and Vietnam is increasing far faster than that of the US. The US effort to build an imperial centered security alliance in Asia is based on fragile economic foundations. Even Australia, the anchor and linchpin of the US military thrust in Asia, is heavily dependent on mineral exports to China. Any military interruption would send the Australian economy into a tailspin.

The US economy is in no condition to replace China as a market for Asian or Australian commodity and manufacturing exports. The Asian countries must be acutely aware that there is no future growth tying themselves to a declining highly militarized empire. Obama and Clinton deceive themselves if they think they can entice Asia into a long-term alliance. The Asians are simply using the Obama regime's friendly overtures as a 'tactical device', a negotiating ploy to leverage better terms in securing maritime and territorial boundaries. Washington is delusional if it believes that it can convince Asia to break long-term large scale lucrative economic ties to China in order to join an exclusive economic association with dubious prospects. Any such 'reorientation' of Asia, from China to the US, would require more than the presence of a naval and airborne armada pointed at China. It would require the total restructuring of the Asian countries' economies, class structure and political and military elite. The most powerful economic entrepreneurial groups in Asia have deep and growing ties with China/Hong Kong especially among the dynamic transnational Chinese business elites in the region. A turn toward Washington entails a massive counter-revolution which substitutes 'traders' for entrepreneurs. A turn to the US would require a dictatorial elite willing to disrupt strategic trading and investment linkages, displa-

cing millions of workers and professionals. As much as some US trained Asian military officers, economists and former Wall Street financiers and billionaires might seek to 'balance' a US military presence, with Chinese economic power, they must realize that ultimately, advantage resides in working out an Asian solution.

The age of Asian "comprador capitalists", willing to sell out national industry and sovereignty in exchange for privileged access to US markets, is ancient history. Whatever the boundless enthusiasm for conspicuous consumerism and Western lifestyles, which Asia and China's new rich mindlessly celebrate, whatever the embrace of inequalities and savage capitalist exploitation of labor, there is recognition that the past history of US and European dominance precluded the growth and enrichment of an indigenous bourgeoisie and middle class. The speeches and pronouncements of Obama and Clinton are a mixture of nostalgia for a past of neo-colonial overseers and comprador collaborators and a no-brainer. Their strain for political realism in finally recognizing Asia as the economic pivot of the present world order. But they turn delusional in imagining that military prepotency and projections of armed force will reduce China to a marginal player in the region.

Obama's Escalation of Confrontation with Russia

The Obama regime has launched a major frontal military thrust on Russia's borders. The US has moved forward missile sites and Air Force bases in Poland, Rumania, Turkey, Spain, Czech Republic and Bulgaria: Patriot PAC-3 anti-aircraft missile complexes in Poland; advanced radar AN/TPY-2 in Turkey; several missile (SM-3 IA) loaded warships in Spain are among the prominent weapons encircling Russia, most only minutes away from its strategic heartland. Secondly, the Obama regime has mounted an all-out effort to secure and expand US military bases in Central Asia among former Soviet republics. Thirdly, Washington via NATO has launched major economic and military operations against Russia's major trading partners in North Africa and the Middle East. The NATO war against Libya which ousted the Gadhafi regime has paralyzed or nullified multi-billion dollar Russian oil and gas investments, arms sales and substituted a NATO puppet for a friendly regime.

The UN-NATO economic sanctions and US-Israeli clandestine terrorist activity aimed at Iran has undermined Russia's lucrative billion dollar nuclear trade and joint oil ventures. NATO, including Turkey and backed by the Gulf monarchical dictatorships, have implemented harsh sanctions and funded terrorist assaults on Syria, Russia's last remaining ally in the region and sole port (Tartus) facing the Mediterranean Sea. Russia's collaboration with NATO in weakening its economic and security position is a product of the monumental misreading of NATO and especially Obama's imperial policies. President Medvedev and his Foreign Minister Sergey Lavrov mistakenly assumed (like Gorbachev and Yeltsin before them) that backing US-NATO policies against Russia's trading partners would result in some sort of "reciprocity": US dismantling its offensive "missile shield" on its frontiers and support for Russia's admission into the World Trade Organization. Medvedev following his liberal pro-western illusions fell into line and backed US-Israeli sanctions against Iran, believing the tales of a "nuclear weapons programs". Then Lavrov fell for the NATO line of "no fly zones to protect Libyan lives" and voted in favor, only to feebly "protest", much too late, that NATO was "exceeding its mandate" by bombing Libya into the Stone Age and installing a pro-NATO puppet regime of rogues and fundamentalists. Finally when the US drove a cleaver in Russia's heartland by pushing ahead with an all-out effort to install missile sites 5 minutes from Moscow and organized mass and armed assaults on Syria, did Medvedev-Lavrov awake from their stupor and opposed UN sanctions. Medvedev threatened to abandon the nuclear missile reduction treaty (START) and to place medium range missiles 5 minutes from Berlin, Paris and London.

Medvedev-Lavrov's policy of consolidation and co-operation based on Obama's rhetoric of "resetting relations" invited aggressive empire building: each capitulation led to a further aggression. As a result Russia is surrounded by missiles on its western frontier; it has suffered losses among its major trading partners in the Middle East and faces US bases in southwest Asia.

Belatedly Russian officials have moved to replace the delusional Medvedev for the realist Putin, as next President. This shift to a political realist has predictably evoked a wave of hostility toward Putin in all the Western media. Obama's aggressive policies to isolate Russia by undermining independent regimes has, however, not affected Russia's status as a nuclear weapons power. It has only heightened tensions in Europe and perhaps ended any future chance of peaceful nuclear weapons reduction or efforts to secure a UN Security Council consensus on issues of peaceful conflict resolution. Washington has turned Russia from a pliant client to a major adversary.

Putin looks to deepening and expanding ties with the East, namely China, in the face of threats from the West. The combination of Russian advanced weapons technology and energy resources and Chinese dynamic manufacturing and industrial growth are more than a match for crises ridden EU-USA economies wallowing in stagnation.

Obama's military confrontation toward Russia will greatly prejudice access to Russian raw materials and definitively foreclose any long-term strategic security agreement which would be useful in lowering the deficit and reviving the US economy.

Between Realism and Delusion: Obama's Strategic Realignment

Obama's recognition that the present and future center of political and economic power is moving inexorably to Asia, is a flash of political realism. After a lost decade of pouring hundreds of billions of dollars in military adventures on the margins and periphery of world politics, Washington has finally discovered that is not where the fate of nations, especially Great Powers, will be decided, except in a negative sense – of bleeding resources over lost causes. Obama's new realism and priorities apparently are now focused on Southeast and Northeast Asia, where dynamic economies flourish, markets are growing at a double digit rate, investors are ploughing tens of billions in productive activity and trade is expanding at three times the rate of the US and the EU.

But Obama's 'New Realism' is blighted by entirely delusional assumptions, which totally undermine any real effort to realign US policy.

In the first place Obama's effort to 'enter' into Asia is via a military build-up not through a sharpening and upgrading of US economic competitiveness. What does the US produce for the Asian countries that will enhance its market share? Apart from arms, airplanes and agriculture, the US has few industries which are competitive. The US would have to totally re-orient its economy, upgrade skilled labor, and transfer billions from "security" and militarism to applied innovations. But Obama works within the current military-Zionist-financial complex: he knows no other and is incapable of breaking with it.

Secondly, Obama-Clinton operate under the delusion that the US can exclude China or minimize its role in Asia, a policy that is undercut by the huge and growing investment and presence of all the major US multi-national corporations in China, who use it as an export platform to Asia and the rest of the world.

The US military build-up and policy of "intimidation" will only force China to downgrade its

role as creditor, financing the US debt; a policy China can pursue because the US market, while still important, is becoming less so, as China expands its presence in its domestic, Asian, Latin American and European markets.

What appeared to be New Realism is now the recycling of Old Delusions: the idea that the US can return to being the Pacific Power it was after World War Two. The US 'returns' to the Pacific in our times with a crippled economy, with the overhang of an over-militarized economy, with strategic handicaps: over the past decade it has been at the beck and call of Israel's fifth column (the Israel "lobby"). The entire US political class is devoid of common, practical sense and national purpose. They are immersed in troglodyte debates over "indefinite detentions" and "mass immigrant expulsion". Worse, all are on the payrolls of private corporations who sell in the US and invest in China.

Why would Obama abjure costly wars in the unprofitable periphery and then practice the same military metaphysics at the dynamic center of the world economy? Does he and his advisers believe he is the Second Coming of Admiral Commodore whose 19th century warships opened Asia to Western trade? Does he believe that military alliances will be the first stage to a subsequent period of privileged economic entry?

Does Obama believe that his regime can blockade China, as Washington did to Japan in the lead up to World War Two? It's too late. China is much more central to the world economy, too vital even to the financing of the US debt, too bonded up with the Forbes Five Hundred multi-national corporations. To provoke China, to even fantasize about economic "exclusion" to bring down China, is to pursue policies which will totally disrupt the world economy and that means first and foremost the US economy!

Conclusion

Obama's 'crackpot realism', his shift from wars in the Islamic world to military confrontation in Asia, has no intrinsic worth and extraordinary extrinsic costs. The military methods and economic goals are totally incompatible and beyond the capacity of the US, as it is currently constituted. Washington's policies will not 'weaken' Russia or China, even less intimidate them. Instead it will encourage both to adopt more adversarial positions, making it less likely that they lend a hand to Obama's sequential wars. Already Russia has sent warships to its Syrian port, refused to support an arms embargo against Syria and Iran and (in retrospect) criticized the NATO war against Libya. China and Russia have far too many strategic ties with the world economy to suffer any great losses from a series of US military outposts and "exclusive" alliances. Russia can aim just as many deadly nuclear missiles at the West as the US can mount from its bases in Eastern Europe. In other words, Obama's military escalation will not change the nuclear balance of power, but will bring Russia and China into a closer and deeper alliance. Gone are the days of Kissinger-Nixon's "divide and conquer" strategy pitting US-Chinese trade agreements against Russian arms. Washington has a totally exaggerated significance of the current maritime spats between China and its neighbors. What unites them in economic terms is far more important in the medium and long-run. China's Asian economic ties will erode any tenuous military links to the US.

Obama's "crackpot realism", views the world market through military lenses. Military arrogance toward Asia has led to a rupture with Pakistan its most compliant client regime in South Asia. NATO deliberately killed 24 soldiers and thumbed their nose at the Pakistan generals while China and Russia condemned the attack and gained influence.

In the end, the military and exclusionary posture to China will fail. Washington will overplay

its hand and frighten its business oriented erstwhile Asian partners, who only want to play-off a US military presence to gain tactical economic advantage. They certainly do not want a new US instigated 'Cold War' which divides and weakens dynamic intra-Asian trade and investment. Obama and his minions will quickly learn that Asia's current leaders do not have permanent allies' only permanent interests. In the final analysis, China figures prominently in configuring a new Asia-centric world economy. Washington may claim to have a 'permanent Pacific presence' but until it demonstrates it can take care of "basic business at home", like arranging its own finances and balancing its current account deficits, the US Naval command may end up renting its navy to Asian exporters and shippers, transporting goods between them, and protecting them by pursuing pirates, contra-bandits and narco-traffickers. Come to think about it, Obama might eventually even lessen the US trade deficit with Asia by renting out the Seventh Fleet to patrol the Straits, instead of wasting US taxpayer money bullying successful Asian economic powers.

James Petras is a Bartle Professor (Emeritus) of Sociology at Binghamton University, New York. He is the author of 64 books published in 29 languages. He has a long history of commitment to social justice, working in particular with the Brazilian Landless Workers Movement for 11 years. In 1973-76 he was a member of the Bertrand Russell Tribunal on Repression in Latin America. He writes a monthly column for the Mexican newspaper, Le Jornada, and previously, for the Spanish daily, El Mundo. He received his B.A. from Boston University and Ph.D. from the University of California at Berkeley.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern